

Schriftenreihe
der Gesellschaft für Deutschlandforschung

Band 107

In der Mitte Europas

Deutschlandforschung aus nationaler
und internationaler Perspektive

Herausgegeben von

Tilman Mayer



Duncker & Humblot · Berlin

MAYER (Hrsg.)

In der Mitte Europas

Schriftenreihe
der Gesellschaft für Deutschlandforschung

Band 107

In der Mitte Europas

Deutschlandforschung aus nationaler
und internationaler Perspektive

Herausgegeben von

Tilman Mayer



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2016 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: Konrad Triltsch GmbH, Ochsenfurt

Druck: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark

Printed in Germany

ISSN 0935-5774

ISBN 978-3-428-14889-9 (Print)

ISBN 978-3-428-54889-7 (E-Book)

ISBN 978-3-428-84889-8 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort des Herausgebers

1989/1990 – zwei Jahre lang, 2014 und 2015, konnte man auf 25 Jahre Wiedervereinigung zurückschauen, Jahre, die für diejenigen, die diese Wiedervereinigung bewusst miterlebt haben, besonders prägend und präsent geblieben sind.

Doch die Zeit steht nicht still.

Der Ansatz der GfD war es immer, sich nicht nur mit der DDR allein zu beschäftigen, sondern die deutsche Frage historisch und aktuell ernst zu nehmen (diachron) und Deutschland unter komparativen Gesichtspunkten, Bundesrepublik und DDR, synchron zu betrachten.

Der Status Quo vor 1989 konnte deshalb für die GfD nicht sakrosankt sein, weil die die DDR infrage stellende Wiedervereinigung – und damit die Lösung der deutschen Frage – das programmatische Gründungsziel der GfD blieb. Und dieses Ziel erreichen zu wollen, stellte unweigerlich die Existenz der DDR infrage.

Und nach 1990 dreht sich eben auch nicht alles und allein ausschließlich um die so genannten neuen Bundesländer, sondern erneut um Deutschland als Ganzes, jedenfalls jenes ganze Deutschland, wie es sich 1990 (wieder) etabliert hat und eben international erneut in seiner gesamteuropäischen und globalen Rolle beobachtet wird.

Zwei Jahrestagungen, die 2014 und 2015 durchgeführt wurden, werden in diesem Band *In der Mitte Europas* zusammengeführt. In beiden werden innen- wie außenpolitisch heiße Themen reflektiert.

So zum Beispiel wird der Euro betrachtet, dessen Karriere mit der Wiedervereinigung trotz Dementi zu tun hat und als Elitenprojekt etwas Ausgedachtes an sich hat und insofern – gut gemeint – eventuell nicht gut ist für die europäische Integration.

Deutschland wird jedenfalls im Kontext der atlantischen Zivilisation mit einer kohäsiven Aufgabe bedacht, von der Mitte aus für den Zusammenhalt in Europa zu sorgen, was im neuen EU-Europa nach 1990 Deutschland auch überfordern könnte.

Erwartungen richten sich nach der Bonner Ära – aus der die Wiedervereinigung hervorging und die von ihr gemanagt wurde! – auf die „Berliner Republik“, die jedenfalls unter ganz anderen, besseren Auspizien steht als die wortähnliche „Weimarer Republik“.

Gleichwohl bot das Jahr 2014 auch an, über 1914, den Ersten Weltkrieg und die Folgen, zu reflektieren, nach dem Motto: What went wrong?

1989 jedenfalls, als Ergebnis des kurzen 20. Jahrhunderts, war ein erhofftes, aber unverhofft eingetretenes Jahr.

Und so fragt man auch immer zurück, was hat die DDR-Forschung dazu beigetragen, worin lagen ihre Stärken und Schwächen?

Dass das neue Berlin mit „Weimar“ nichts zu tun hat, steht fest, aber apart ist, aus österreichischer Sicht, beziehungsweise Wiener Perspektive erklärt zu bekommen, warum Berlin nicht Bonn ist.

Und innerhalb Deutschlands, ein Blick auf das österreichfreundliche Sachsen werfend, lässt sich sowohl an eine ältere sächsische Tradition erinnern, wie auch zum Ausdruck bringen, ein leistungs- und konkurrenzfähiges Bundesland mit kreierte zu haben.

Welches geschichtspolitische Selbstverständnis im „neuen Deutschland“ – ein wirklich real existierendes – nachweisbar ist, darauf wird eingegangen.

Und abschließend wird aus Perspektiven dreier Länder eruiert, wie im 25-Jahre-Zeitraum retrospektiv wie prospektiv Neues zu Tage gefördert werden kann.

Also durchaus Anlass, selbstbewusst festzustellen, dass sich der Charakter der GfD nach wie vor bestätigen lässt und Anstöße gibt, Podium und Forum für unterschiedliche Disziplinen, Sichtweisen und Analysen zu sein – weit über die erwähnten Disziplinen hinaus.

Der Jakob-Kaiser-Stiftung in Königswinter darf ich für die Unterstützung der Jahrestagungen herzlich danken.

Tilman Mayer

Inhaltsverzeichnis

<i>Dominik Geppert</i>	
Der Euro: Geburt aus dem Geist der Wiedervereinigung?	9
<i>Manfred Görtemaker</i>	
Die Berliner Republik: Gibt es sie überhaupt? Zur provokativen Begrifflichkeit der Hauptstadtfrage	31
<i>Ludger Kühnhardt</i>	
Deutschland, zwei Europas und die Atlantische Zivilisation	47
<i>Peter März</i>	
Vom August 1914 zum November 1989. Reflexionen über das kurze 20. Jahr- hundert	59
<i>Klaus Schroeder</i>	
Bilanz der DDR-Forschung	77
<i>Brigitte Seebacher</i>	
1989 – Zufall oder Notwendigkeit?	97
<i>Jan Claas Behrends</i>	
Russlands Radikalisierung – Eine Herausforderung für die deutsche Ostpolitik	111
<i>Andreas Khol</i>	
Berlin ist nicht Bonn	121
<i>Ulrich Pfeil</i>	
Die deutsch-französischen Beziehungen in der Ära „Merkollande“. Vom Um- gang mit dem Anpassungsdruck in den internationalen Beziehungen	133
<i>Matthias Rößler</i>	
Die Länderneubildung und Wiederbelebung der parlamentarischen Demokratie am Beispiel des Freistaates Sachsen	149
<i>Gian Enrico Rusconi</i>	
Eine italienische Perspektive	157
<i>Manuel Becker</i>	
Geschichtspolitik in der „Berliner Republik“	169
Herausgeber und Autoren	189

Der Euro: Geburt aus dem Geist der Wiedervereinigung?

Dominik Geppert

Die europäische Integration war keine lineare Fortschrittsgeschichte, sondern vollzog sich in Schüben und Sprüngen, nicht teleologisch auf das ein- für allemal vorgegebene Ziel eines supranationalen Bundesstaates hin, sondern zukunfts offen: in Reaktion auf unvorhersehbare äußere Ereignisse, in Anpassung an veränderte politische, ökonomische, soziale, auch weltanschauliche Rahmenbedingungen.¹ Einen wichtigen Knotenpunkt markiert in diesem Kontext das Ende des Kalten Krieges zwischen 1989 und 1991, das die Ost-West-Spaltung Europas überwand, eine Wiederherstellung der deutschen Einheit ermöglichte und die Gestalt des Kontinents bis in unsere Gegenwart hinein prägte. Zugleich brachten die Jahre von 1988 bis zur Unterzeichnung des Maastricht-Vertrages 1992 mit der Vollendung des Binnenmarktes und der vertraglichen Einigung auf eine gemeinsame Währung eine enorme Beschleunigung und Verdichtung des europäischen Integrationsprozesses – ebenfalls mit langfristigen Folgen, die bis heute spürbar sind. Beide Prozesse waren so eng ineinander verschlungen, dass verschiedentlich die These aufgestellt worden ist, der Euro sei der Preis gewesen, den Deutschland für die Wiedervereinigung zu zahlen hatte.²

Dies ist eine Verkürzung, die ins Reich der Legenden gehört. Schließlich hatte Außenminister Hans-Dietrich Genscher schon 1988 eigene Pläne für eine Währungsunion lanciert; auch Bundeskanzler Helmut Kohl hatte sich das Projekt, nach anfänglichem Zögern, prinzipiell zu Eigen gemacht, bevor die friedliche Revolution in Ostdeutschland begann.³ Zugleich gilt es aber festzuhalten, dass die europäische Gemeinschaftswährung nicht so rasch und auch kaum in der heutigen Form zustande gekommen wäre, wenn ihre Vorgeschichte sich nicht an einem entscheidenden Punkt mit dem Fall der Mauer, der Implosion der DDR und der Überwindung der deutschen Teilung gekreuzt hätte. Schließlich gab es starke Gegenkräfte gerade in

¹ Ich greife hier auf Gedanken zurück, die ich an anderer Stelle ausführlicher dargelegt habe; vgl. D. Geppert, *Ein Europa, das es nicht gibt*, München/Berlin 2013; ders., *Dreierlei Europa: Die EU zwischen Bundesstaat, Staatenbund und Freihandelszone*, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 12 (2014), S. 41–67.

² So etwa die Stoßrichtung bei M. Sauga/S. Simons/K. Wiegrefe, „Der Preis der Einheit“, in: *Der Spiegel* vom 27.09.2010.

³ Siehe H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 387–391; H.-P. Schwarz, *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*, München 2012, S. 435–439.

der Bundesbank, im Finanz- und Wirtschaftsministerium, selbst im Auswärtigen Amt und im Kanzleramt, die gern auf Zeit gespielt hätten, um die Einheitswährung auf eine unbestimmte Zukunft zu vertagen.⁴

Der Umbruch im Osten erhöhte den Zeitdruck. Er zwang die Bundesregierung dazu, die Glaubwürdigkeit ihres Bekenntnisses zu Europa unter Beweis zu stellen. Und er gab der französischen Diplomatie einen Hebel in die Hand, einen festen Fahrplan für den Weg in die Währungsunion durchzusetzen. So gesehen, hatte der Essener Historiker *Wilfried Loth* nicht Unrecht, als er kürzlich feststellte: der Euro war „nicht der Preis, der für die Wiedervereinigung gezahlt werden musste; die Wiedervereinigung bot vielmehr die Gelegenheit, ihn einzuführen“.⁵ *Loth* und fast alle anderen, die bisher die Anfänge der Währungsunion zeithistorisch untersucht haben, konzentrierten sich fast ausschließlich auf Deutschland und Frankreich, vor allem auf Helmut Kohl und François Mitterrand. Die Verhandlungen, die im Vertrag von Maastricht gipfelten, werden dabei wahlweise als deutsch-französisches Kräfteressen⁶, als erfolgreicher deutsch-französischer Deal nach dem Schock des Mauerfalls⁷ oder als historischer Triumph der Staatskunst der beiden großen Europäer Kohl und Mitterrand⁸ beschrieben.

Ohne Zweifel waren der deutsche Bundeskanzler und der französische Staatspräsident – aus unterschiedlichen Motiven und mit durchaus verschiedenartigen Zielen – die entscheidenden Triebkräfte des Projekts. Dennoch wird sich der folgende Beitrag nicht um die deutsch-französische Achse drehen. Stattdessen schlägt er als Deutungsraaster eine Dreiecksbeziehung vor, die neben der Bundesrepublik und Frankreich auch Großbritannien umfasst. Denn seit dem britischen Beitritt zur EG im Januar 1973, spätestens aber mit der Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Binnenmarktes in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre war die europäische Einigung keine Angelegenheit mehr, die vorrangig von französischen und deutschen Überlegungen bestimmt wurde. Neben den Föderalismusgedanken der deutschen Tradition und die französischen Vorstellungen eines bürokratisch-administrativen Dirigismus traten zunehmend Ideen ökonomischen Wettbewerbs und wirtschaftlicher Deregulierung, die im angelsächsischen Raum ihren Ursprung hatten.⁹

Die damit verbundenen unterschiedlichen Europakonzeptionen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens, so die Ausgangsthese, prägten die Auseinander-

⁴ Vgl. H. Tietmeyer, Herausforderung EURO. Wie es zum Euro kam und was er für Deutschlands Zukunft bedeutet, München/Wien 2005, S. 115 f.; D. Marsh, Der Euro. Die geheime Geschichte der neuen Weltwährung, Hamburg 2009, S. 176 f.

⁵ W. Loth, Helmut Kohl und die Währungsunion, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 61 (2013), S. 455–480, hier S. 480.

⁶ So etwa H.-P. Schwarz, a.a.O., S. 397–439, S. 690–716.

⁷ Vgl. F. Bozo, France, German unification and European integration, in: ders. u. a. (Hrsg.), Europe and the End of the Cold War. A Reappraisal, London/New York 2008, S. 148–160.

⁸ Das ist die Interpretation von W. Loth, a.a.O.

⁹ Vgl. J. Gillingham, European Integration. 1950–2003: Superstate or New Market Economy, Cambridge 2003.

setzung um die Einführung des Euro. Sie präfigurierten die Reaktionen der verschiedenen Länder auf die deutsche Wiedervereinigung in den entscheidenden Monaten zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1990. Und sie hatten darüber hinaus Auswirkungen auf den Fortgang der europäischen Einigung und die Gestalt der EU, bis hin zu den gegenwärtigen Problemen in der Eurozone. Diese Zusammenhänge sollen im Folgenden in vier Schritten genauer untersucht werden. Zuerst wird thesenhaft umrissen, welche Positionen, Konzeptionen und Interessenlagen es mit Blick auf die Europäische Währungsunion in Frankreich, der Bundesrepublik und Großbritannien vor dem Herbst 1989 gab. In einem zweiten Schritt wird vor allem anhand der mittlerweile edierten, aber für diese Zwecke selten benutzten britischen Akten die Entwicklung der entsprechenden Planungen in den dramatischen Monaten zwischen Oktober 1989 und Sommer 1990 genauer analysiert.¹⁰ Drittens gilt es, die Langzeitwirkungen der damals getroffenen Festlegungen bis in die Gegenwart in groben Strichen zu skizzieren. Viertens schließlich soll ein Ausblick auf mögliche künftige Entwicklungsszenarien gewagt werden.

I. Die Vorgeschichte der Europäischen Währungsunion

Um die Entstehungsgeschichte der Europäischen Währungsunion zu verstehen, muss man sich vor Augen führen, welche unterschiedlichen Zielvorstellungen und Erwartungen mit dem Projekt verbunden waren. In Frankreich sah man in einer Gemeinschaftswährung vor allem die Chance, von der D-Mark als europäischer Leitwährung loszukommen und die währungspolitische Hegemonie der Bundesbank abzuschütteln. Das lag durchaus in der Logik und Tradition französischer Europapolitik. Frankreich war traditionell für die europäische Integration, soweit sie die deutsche Wirtschaftsmacht und Finanzkraft einband und solange sie die nationale Souveränität Frankreichs in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht in Frage stellte. So gesehen bildete ein Arrangement zwischen Frankreich und der Bundesrepublik den Kern der westeuropäischen Nachkriegsordnung. Die Westdeutschen brachten ihre Wirtschaftskraft ein und überließen den Franzosen die politische Führung.¹¹

Seit Mitte der 1950er Jahre erwies sich dieser Ausgleich als zunehmend prekär, nicht weil die Deutschen gegen die französische Führungsrolle aufbegehrt hätten, sondern weil sich der Schwerpunkt innerhalb der deutsch-französischen Partnerschaft verschob. Zunächst fürchtete Frankreich vor allem die Stärke der deutschen Industrie.¹² Die unterschiedliche industrielle Leistungskraft und Produktivitätsent-

¹⁰ P. Salmon/K.A. Hamilton (Hrsg.), Documents on British Policy Overseas, Reihe 3, Bd. 7: German Unification, 1989–1990, London/New York 2010.

¹¹ Vgl. etwa T. Judt, Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, München/Wien 2006, S. 344.

¹² Vgl. etwa das Gespräch zwischen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle in Paris, 13.03.1969, abgedruckt in: Akten zur